Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen: Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 25 Pfg. Inserate werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 87. | Nebra, Mittwoch, den 1. November 1911. | 24. Jahrgang.

Reichstagswahlen und Kanzlerkrise.

Nach der großen Rede, die der Reichskanzler als Erwiderung auf die Anfrage hielt, welche Stellung die Reichsregierung zu der herrschenden Teuerung einzunehmen gewillt sei, nahm man allgemein an — und die Presse fast aller Parteien brachte das zum Ausdruck — daß Herr v. Bethmann-Hollweg den Hauptpunkt seiner Rede, nämlich das Festhalten an unsrer Wirtschaftspolitik, deren Grundstein das Schutzzollsystem ist, zur Wahlparole der Regierung für die kommenden Reichstagswahlen erkoren habe. Indessen der Reichskanzler läßt durch die halbamtliche ‚Nordd. Allgem. Ztg.' erklären, daß seine Ausführungen durchaus

keine Wahlparole

enthielten, sondern lediglich den Zweck hatten, gegenüber den mancherlei Angriffen auf unsre Wirtschaftspolitik hervorzuheben, daß die Regierung nicht die Überzeugung gewonnen habe, die augenblickliche Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt sei eine Folge unsres Schutzzollsystems, sondern vielmehr die unausbleibliche Nachwirkung der mit der Dürre des abgelaufenen Sommers verbundenen Mißernte. Damit ist festgestellt, daß die Regierung auch jetzt noch nicht eine Wahlparole ausgegeben hat. Ohne Zweifel wird sie indessen in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, zu erklären, unter welchem Zeichen sie den Wahlkampf zu führen gedenkt, der, da die Wahl für den 12. Januar festgesetzt ist, natürlich schon jetzt mit aller Schärfe entbrennen wird. Freilich, die Gerüchte wollen nicht verstummen, daß wir vor einer

Kanzlerkrise

Selbst in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg vor einigen Tagen sich über seine schwankende Gesundheit beklagt und dabei auch von Amtsmüdigkeit gesprochen haben soll. Es ist denn auch kein Geheimnis mehr, daß sich der Kaiser bereits mit dem Gedanken an einen Nachfolger für Herrn v. Bethmann-Hollweg vertraut gemacht hat. Wenn nun auch der Besuch, den der Monarch jüngst dem preußischen Landwirtschaftsminister v. Schorlemer auf seinem Gute Lieser gemacht hat, damit nicht unmittelbar in Verbindung gebracht werden kann, so ist doch immerhin möglich, daß auch Herr v. Schorlemer-Lieser auf die Liste der

Kandidaten für den Kanzlerposten,

auf der in erster Linie der Staatssekretär des Innern v. Delbrück und der Staatssekretär des Äußeren v. Kiderlen-Wächter stehen, gesetzt worden ist. Man denkt sich (in eben den „eingeweihten" Kreisen) die Sache so, daß Herr v. Bethmann-Hollweg die gelegentlich der bevorstehenden Besprechung des Marokko-Abkommens im Reichstage ohne Zweifel einsetzende Kritik der Parteien zum Anlaß nehmen wird, dem Kaiser seine Entlassung anzubieten unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand, der durch die ununterbrochenen Amtsgeschäfte des letzten Jahres schwer erschüttert sei. Und man nimmt an, daß der Monarch das Gesuch seines Ratgebers in Anerkennung seiner Verdienste in Gnaden unter Verleihung einer Rangerhöhung bewilligen wird. Neben diesem Gerücht machen natürlich noch manche andern die Runde. Nach dem einen soll schon vor Monaten (als die neueste Marokkokrise begann) sich

Kaiser Wilhelm für die Reichstagsauflösung

ausgesprochen haben, bei dem Kanzler aber auf Widerstand gestoßen sein, denn Herr v. Bethmann-Hollweg vertrat damals die Ansicht, daß die Herbsttagung des Parlaments nötig sei, „um die durch einen gewissen Teil der Presse aus Anlaß der Reichsfinanzreform künstlich hervorgerufene Erregung weiter Volkskreise erst abflauen zu lassen." Der Monarch (und mit ihm ein großer Teil seiner Umgebung) seien nun der Meinung, daß die Wahlen unbedingt unter dem Zeichen der Marokkofrage hätten stattfinden müssen. Die bisherigen Verhandlungen in der Herbsttagung des Reichstages, sowie die Nachwahlen zum Volksparlament hätten unleugbar gezeigt, daß die von Herrn v. Bethmann-Hollweg erwartete und vorausgesagte versöhnende

Wirkung der Zeit

ausgeblieben sei und daß die verhängnisvolle Spaltung im deutschen Bürgertum eher zu- als abgenommen habe. — Wenn es sich, wie gesagt, bei allen diesen Gerüchten auch wohl nur um Vermutungen handelt, so ist es doch immerhin nicht zu leugnen, daß sie der Wahrheit nahe kommen können; denn schon im August durften ja deutsche und auswärtige Zeitungen unwidersprochen melden, daß Herr v. Bethmann-Hollweg nach dem Abschluß des Marokkovertrages sich endgültig von den Staatsgeschäften zurückziehen würde. Und wenn damals auch davon die Rede war, daß Herr v. Kiderlen-Wächter zu derselben Zeit seinen Posten verlassen werde, so würde das durchaus den Ereignissen entsprechen, falls Herr v. Kiderlen-Wächter das Reiches sechster Kanzler würde. Jedenfalls darf man sich im Verlaufe des Wahlkampfes auf eine Wandlung der innerpolitischen Lage gefaßt machen, mit der heute noch keine der Parteien, sondern nur wenige Eingeweihte rechnen. M. A. D.

Deutscher Reichstag.

Am 27. d. Mts. stehen die Interpellationen des Zentrums und der Fortschrittler über die Maul- und Klauenseuche auf der Tagesordnung.

Abg. Steindl (Ztr.) begründet die Zentrumsanfrage. Zum direkten Schaden der Seuche — die Tiere können nicht verkauft werden und geben keine Milch — kommen die indirekten: die Ernte kann nicht hereingebracht werden und das Feld ist nicht zu bestellen. Dem Millionenverein unsrer Viehbestände entspricht eine lückenlose Grenzsperre und außerdem muß unser

Antrag auf Entschädigung

für das an Maul- und Klauenseuche eingegangene Vieh endlich in Kraft gesetzt werden. Erwünscht sind kleine Sperrgebiete.

Abg. Fegter (fortschr. Vp.) begründet die fortschrittliche Interpellation. Daß die Seuche der Volkswirtschaft ungeheure Schädigung bringt, darüber herrscht Übereinstimmung. Nur in der Einzelfrage der Maßregeln gehen die Meinungen auseinander. Ich rate nochmals zu der Zulassung aller Tierärzte. Jedenfalls ist zu untersuchen, ob nicht zweckentsprechendere Maßregeln zu treffen sind. Auch hier wirkt sich das Erleichterung der kleinen Landwirte von selbst die Beseitigung des Futtergerstenzolls und des Maiszolls. Heute sind die

Sperrmaßregeln noch schädlicher,

als die Seuche selbst. Man berufe deshalb Sachverständige, damit nicht Maßregeln vom Grünen Tisch her verordnet werden. Zudem müssen die Maßregeln auch einheitlich sein. Mit der Bewilligung von Reichsmitteln zur wissenschaftlichen Erforschung der Maul- und Klauenseuche würden wir einverstanden sein. Wir raten auch, Landesmittel flüssig zu machen, und dann das Wesen der Seuche auf verschiedenen Wegen zu erforschen.

Staatssekretär Delbrück: Der Verlauf der Maul und Klauenseuche ist für Reichsregierung und Bundesstaaten gleichmäßig ein Gegenstand der Sorge. Uns ist nicht entgangen, daß unsre bisher erfolgreiche Art der Bekämpfung zuletzt weniger Erfolg hatte. Wir sind aber bestrebt, alle Beschwerden zu prüfen und in unausgesetztem Verkehr mit den Bundesstaaten Ungleichmäßigkeiten zu beseitigen. Es muß aber lokale Bewegungsfreiheit bestehen. Was die Zweckmäßigkeit der veterinärpolizeilichen Bekämpfung der Seuche betrifft, so haben die Erfahrungen der letzten Zeit uns Dienste geleistet bei den neuaufzustellenden Ausführungsvorschriften zum Reichsseuchengesetz. Ende August hatte die Seuche wohl ihren Höhepunkt erreicht. In Österreich-Ungarn, Holland, der Schweiz usw. trat die Seuche ähnlich heftig auf. Nur England mit seiner insularen Lage kam besser davon. Man wird aber nicht sagen können, daß die bei uns geltenden Bestimmungen zur Bekämpfung der Seuche an deren starker Verbreitung schuld sind. Die

möglichst energische Bekämpfung

der eben erst ausgebrochenen Seuche durch Heranziehung möglichst vieler Tierärzte wird auch von den Ausführungsbestimmungen zum neuen Reichsseuchengesetz ermöglicht und erstrebt. Das Maß der Entschädigungsansprüche ist durch das neue Gesetz übrigens erheblich erweitert. Die Entschädigungspflicht ist auf Tuberkulose sowie auf viele Fälle der Maul- und Klauenseuche sowie des Milzbrands ausgedehnt. Endlich die Frage der wissenschaftlichen Erforschung. Vor einer Reihe von Jahren haben wir erhebliche Mittel bereitgestellt. Warten wir aber erst einmal das Ergebnis der preußischen Arbeiten ab. Prof. Löffler ist in eine anerkannte Autorität. Erst dann ist die Zeit, sich nach der einen oder andern Seite hin festlegen zu machen.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Hahn (kons.): Nach kurzer seuchenfreier Zeit ist die Seuche verschärft ausgebrochen. Sie kam aber nicht nur aus dem Osten, sondern zunächst über die französische Grenze. In Deutschland ist aber die Seuche gottlob nicht heimisch. Wir haben den Stampf also an der Grenze zu führen. Ist die Seuche aber eingeschleppt, ist sie mit gleicher Schärfe im Inlande zu bekämpfen. Ich will nicht alle mir zugegangenen Klagen hier vorbringen. Aber wenn in Ostpreußen ein Tierarzt die verseuchten Tiere

auf der Landstraße aufstellt

oder russische Viehhändler aus verseuchten Bezirken in unverseuchte Ställe gelassen werden, so ist das doch betrübend. Ein Fortschritt ist so schon, daß die Bekämpfung der Seuche stark dezentralisiert worden ist. Wo Kreistierarzt und Landrat energisch zusammenarbeiten, ist jedenfalls auch der Erfolg nicht ausgeblieben. Der Schutz gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande ist und bleibt aber unzulänglich. In der Bekämpfung der Seuche gehen nun die Ansichten der Landwirte und Fleischer auseinander. Die Fleischer meinen, die Landwirte gehen zu rigoros vor. Wir können aber gar nicht rigoros genug vorgehen, und je schärfer wir an der Grenze sind, um so leichter haben wir es im Inlande. Wo kleine Landwirte schwer geschädigt sind, sollten den kleinen Landwirten von den einzelstaatlichen Regierungen für ein Jahr zinslose Kredite gewährt werden, wie es so oft die preußischen Könige getan haben. Nur wenn wir eine feste Mehrheit für die bisherige Bekämpfung der Seuchen haben, ist Aussicht für den Fortbestand dieser Bekämpfung. Das sollten die Nationalliberalen nicht überlesen. Hier muß auch die Regierung auf dem Posten sein.

Abg. Keil (soz.): Der Vorredner hat in diese Frage ein parteipolitisches Moment getragen. Von einer Einschleppung der Seuche von Südwest her ist keine Rede. Wohl aber steht fest, daß die Seuche aus Preußen nach Württemberg eingeschleppt worden ist. Man sperre die Seuchenherde ab, aber nicht die einzelnen Länder. Wie aber wäre es, wenn in den nächsten drei Monaten die Führer des Bundes der Landwirte in Beobachtungszustand versetzt würden, um die Verbreitung der Seuche zu verhindern?

Preußischer Landwirtschaftsminister Frhr. von Schorlemer: In den Jahren 1901/09 hatten wir günstige Zustände. Aber auch in diesen Jahre hat die Seuche gottlob einen entscheidenden Einfluß auf die Viehbestände nicht gehabt. Die Sperrbezirke suchen wir möglichst klein zu gestalten. Alle Kosten der tierärztlichen Untersuchung auf den Staat zu übernehmen, würde zu weit gehen. Daß die Wunder der Verbreitung der Seuche erheblich Vorschub leisten, ist praktisch nicht erweislich. Es wird geklagt, daß in einem Orte die Kirmes verboten, aber eine Gerstenkirmes, das heißt ein Frauenvereinsfest gestattet wurde. Das ist doch nicht auffällig. Bei der Kirmes ist, namentlich wenn einmal getanzt wird, die Berührung von Mensch zu Mensch lebhafter als bei einer Versammlung des Vaterländischen Frauenvereins. Im übrigen dankt die preußische landwirtschaftliche Verwaltung für alle Anregungen, die ihr zur Bekämpfung der Seuche gegeben sind.

Abg. Neuner (nat.-lib.): Die Regierung hat früher mannigfache Anregungen des Reichstages unbeachtet gelassen.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Bumm: Die Wissenschaft hat sich gegenüber dieser Seuche keineswegs unfähig gezeigt. Es sind vielmehr wesentliche Grundlagen zur Bekämpfung der Seuche gefunden, wenn auch der Krankheitserreger noch nicht entdeckt ist. Auch bei den Pocken ist der Krankheitserreger noch nicht entdeckt, und doch kennt man energisch vorgehen. Die Untersuchungen werden fortgesetzt und suchen zurzeit nach einem Immunisierungsmittel.

Abg. v. Oerten (freikons.): Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch der Fleischversorger. Die Grenzsperre hat das Deutsche Reich lange Jahre seuchenfrei gehalten und darf nicht beseitigt werden. Die Sperrmaßregeln müssen aber so gehalten sein, daß sie durchführbar sind. Die Beobachtungsbezirke müssen kleiner gewählt werden.

Abg. Brandys (Pole): Die polnischen Bezirke haben unter der Seuche besonders zu leiden.

Abg. Werner-Gießen (wirtsch. Vgg.): Die Beobachtungsgebiete sind möglichst klein zu wählen. Die Entschädigungsfrage wird in Zukunft noch mehr hervortreten.

Die Beratung wird bis zum 7. November vertagt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird am 2. November der Einweihung des neuen Rathauses in Kiel beiwohnen.

* Anfang November wird der deutsche Reichstag Gelegenheit haben, sich mit dem deutsch-französischen Vertrag über Marokko zu beschäftigen. Soweit der erste Teil des Vertrages, also das Marokko-Abkommen, in Frage kommt, bedarf er der Genehmigung des Reichstages, weil es sich hierbei um eine Abänderung der Gerichtsbarkeit deutscher Konsularbehörden handelt, die staatsrechtlich ohne Zustimmung des Parlaments nicht Gesetzeskraft erlangen kann. Anders liegen dagegen die Dinge beim zweiten Teil, den sogenannten Kongovertrage, da es sich einerseits um einen kolonialen Gebietszuwachs, der keiner Genehmigung des Reichstages bedarf und andererseits nicht um eine deutsche Gebietsabtretung, sondern lediglich eine deutsch-französische Grenzregulierung (in Togo) handelt, für die gleichfalls eine Genehmigung der Volksvertretet nicht erforderlich ist. Der Abschluß des Kongovertrages wird daher dem Reichstage nur zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden.

* Die Stichwahl im Reichstagswahlkreise Konstanz-Überlingen-Meßkirch ergab für den Nationalliberalen Gärtner Schmid 15 114, für den Zentrumskandidaten Freiherrn von Rüpplin 14 045 Stimmen. Schmid ist somit gewählt. Bei der Hauptwahl waren von den insgesamt abgegebenen 27 737 gültigen Stimmen 13 262 auf den Zentrumskandidaten v. Rüpplin, 11 441 auf den Nationalliberalen Schmid, 3025 auf den Sozialdemokraten gefallen. — Bei der Reichstagsersatzwahl (für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Frank) im Wahlkreise Ratibor, der seit 1877 in Händen des Zentrums war, erhielt Stadtrat Sapletta (Ztr.) 7898 Stimmen, Pfarrer Banas (Pole) 4773, Stimmen, Landschaftssyndikus Geheimer Regierungsrat a. D. Lüdke (freikons.) 3256 Stimmen, Gewerkschaftssekretär Schwob (soz.) 1609 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Zentrum und Polen erforderlich. Im Jahre 1907 war Frank mit 11 411 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt worden. Seine Mehrheit über die Gesamtstimmenzahl der Gegner betrug damals rund 410 Stimmen.

Frankreich.

* In bezug auf die von holländischen Sozialisten aufgestellte Behauptung, daß sich zwei europäische Mächte während der jüngsten Krisis zur Beschwörung der Kriegsgefahr an das Internationale sozialistische Bureau gewandt hätten, berichtet der „Temps", man erkläre in den amtlichen Kreisen Frankreichs, daß von diesem angeblichen Schritt durchaus nichts bekannt sei.

* Wenn man französischen Blättern glauben darf, hat Sultan Dudmurah von Wadai (Innerafrika), der erbitterte Widersacher der [illegible] Kolonen, [illegible] Unterwerfung und Erst[illegible] Zahlung [illegible] getragen. Der französische Oberbefehlshaber in Wadai wittert jedoch hinter dem Anerbieten eine Falle und beabsichtigt, sich durch die Fortsetzung des Feldzuges des gefährlichen Gegners gänzlich zu entledigen, der eine ständige Bedrohung für den inneren Frieden des Wadai und die französische Eroberung bildet.

Afrika.

* Portugiesische Zeitungen berichten über einen Aufstand verschiedener Eingeborenenstämme in Angola (Portugiesisch-Afrika). Das Gerücht, daß dieselben Eingeborenen auch in deutsches Gebiet eingefallen seien, trifft nicht zu.

Asien.

⊕ Vom Schauplatz der chinesischen Revolution wird (den amtlichen Meldungen aus Peking widersprechend) gemeldet, daß sich der Aufstand immer weiter ausbreite. Das Vorgehen der Revolutionäre zeigt aber im Vergleich zu dem großen Taiping-Aufstand vor 50 Jahren, daß die Europäer nicht bedroht sind und daß sich die Bewegung lediglich gegen die Dynastie richtet. Der Führer der Aufständischen, Lijuanheng, hat übrigens den fremden Konsuln in Hankau mitgeteilt, daß er zum „Präsidenten der chinesischen Republik" erwählt worden sei. Natürlich haben die Konsuln nicht geantwortet. Die Pekinger Regierung erwartet indessen immer noch das Heil von dem Rizekönig Juanschikai, der jetzt zum „allerhöchst Bevollmächtigten" mit unbeschränkter Machtbefugnis ernannt worden ist. Es scheint jedoch sehr fraglich, ob die Diktatur Juanschikais den drohenden Zusammenbruch der Dynastie wird aufhalten können.

Der Krieg um Tripolis.

⊕ Da die Italiener in Tripolis und die Türken in Konstantinopel eine scharfe Depeschenzensur üben, fehlt jede unparteiische Berichterstattung vom Kriegsschauplatz in Nordafrika. So ist es auch zu erklären, daß sowohl die Italiener wie auch die Türken sich den Sieg bei dem jüngsten Kampfe um Tripolis zuschreiben. Immerhin geben auch die italienischen Meldungen zu, daß die Verluste der Italiener in der zehntägigen Schlacht am 23. d. Mts. ganz bedeutend gewesen seien, da ihre Stellungen von Türken und Arabern zeitweise völlig umzingelt waren. Nur das energische Eingreifen der Schiffsgeschütze (denen durch Flugmaschinen das Ziel gekennzeichnet wurde) verhinderte eine völlige Niederlage der Italiener. Dennoch ist man in

Italien in Besorgnis,

weil die Regierung über das Schicksal des 11. Bersaglieri-Regiments, das bei diesem Kampfe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219111101-15/fragment/page=0001

aufgerieben worden sein soll, strengstes Stillschweigen beobachtet. Und je mehr die Besorgnis wächst, desto mehr sinkt die Kriegsbegeisterung. Man ist enttäuscht, seitdem man erfahren hat, daß die italienischen Truppen nicht in das Innere vordringen, sondern den Krieg im Ägäischen Meere gegen die türkischen Häfen weiter führen wollen. Das zeigt doch deutlich, daß sich die Streitkräfte nicht stark genug fühlen, um gegen den Feind, der auf 60 000 Mann geschätzt wird, zum Angriff überzugehen. Die Absicht Italiens, den Krieg zur See weiterzuführen, erhellt aus einem Artikel des ‚Secolo‘, wonach Italien in wenigen Tagen den Mächten die

Angliederung Tripolitaniens

und der Cyrenaika bekannt geben werde. Sobald die Anerkennung durch die Mächte erfolgt sei, werde die Türkei keinen Vormand mehr zum Widerstande haben. Sollte dies dennoch der Fall sein, dann würden die Mächte Italien nicht mehr eine Einschränkung des Krieges zumuten können. Italien ziehe es vor, zur See vorzugehen und verzichte vorläufig auf den Vormarsch ins Innere Tripolitaniens, um nicht schmerzlichen Überraschungen ausgesetzt zu sein. — Man übersieht in Italien offenbar, daß die Mächte die Angliederung ohne die Zustimmung der Türkei nicht anerkennen werden. In der Türkei aber denkt man jetzt weniger daran, denn je. Dort hofft man immer noch auf das

Eingreifen Englands.

Zurzeit kann man sich allerdings noch nicht über die Bedingungen einigen. Die Londoner Regierung soll der Türkei folgende Vorschläge für die Regelung der Tripolisfrage genannt haben: England garantiert den Türken, daß Italien auf die Angliederung von Tripolis verzichte und die Souveränität der Türkei erhalten bleibe. Dafür soll die Türkei sich mit der Angliederung Ägyptens an England und der Besetzung der Sudabai in Kreta einverstanden erklären und England Vorrechte im Roten Meere und Arabischen Meerbusen zugestehen. England gebe der Türkei außerdem eine große Anleihe gegen die Einsetzung einer englischen Finanzkontrolle. — Daß man in Konstantinopel diese Vorschläge für unannehmbar erklärt, ist begreiflich, denn die Türkei käme auf diese Weise vom Regen in die Traufe. Wenn dagegen England auf die Angliederung Ägyptens Verzicht leisten würde, so wäre vielleicht der Boden für die Verhandlungen geebnet. Dann wäre Italien bald zum Friedensschluß gezwungen; denn ohne Englands Zustimmung kann es keinen Krieg im Mittelmeer führen.

Marokko.

Die ‚Köln. Ztg.‘ gibt in einem anscheinend auf halbamtliche Quellen zurückzuführenden Artikel einen Überblick über den Verlauf der Marokkoverhandlungen. [illegible] heißt es [illegible]: „Wenn das Vorgehen in Agadir zuerst in Deutschland allgemeinen und lauten Beifall fand, so ist seitdem die Stimmung einigermaßen umgeschlagen, weil man das, was man in dieser Kundgebung hineingedeutet hatte, nämlich den Plan einer Besetzung von Südmarokko, nicht erfüllt sah. Der Verdruß hierüber hat sich auch auf die ganze Entschädigungsfrage übertragen, und das bis zu dem Grade, daß man sich zu der Behauptung versteig, es könne für den

Verzicht auf Südmarokko

überhaupt keine gleichwertige Entschädigung gegeben werden. Daß eine solche grundsätzliche Stellungnahme gerechtfertigt ist, wird bei reiflichem Nachdenken kaum behauptet werden können. Ob die gewährte Entschädigung genügt, werden wir ja später sehen. Nun ist aber auch gesagt worden, es sein ein schwerer Fehler gewesen, sich überhaupt auf die Entschädigungsfrage einzulassen, man hätte von Frankreich vielmehr verlangen müssen, daß es seine Truppen aus dem Innern Marokkos zurückzuziehen und die Lage wiederherzustellen hätte, wie sie vor dem Zuge nach Fez bestand. Diese Forderung war leichter zu stellen, als zu erfüllen, denn so, wie die Dinge sich einmal zugespitzt hatten, wäre ein solcher Rückzug

nur mit den Waffen

zu erzwingen gewesen, und es ist doch wohl zweifelhaft, ob das deutsche Volk einverstanden gewesen wäre, wenn auf diese Weise ein Weltkrieg entfacht worden wäre. Damit soll der Wert, den Südmarokko für deutsche Unternehmungen und vielleicht auch für Besiedlungszwecke gehabt hätte, nicht herabgesetzt werden, aber man muß sich auch gleichzeitig darüber klar sein, daß Deutschland dort eine Kolonie erworben hätte, deren Einrichtung und Behauptung mit den allergrößten Geldopfern verbunden gewesen wäre, Geldopfern, neben denen die etwa bei der Abtretung von Gebiet in Französisch-Kongo zu leistenden Verwaltungsunkosten gar nicht in Betracht kommen können. Hätten wir die Abtretung von Südmarokko erzwingen können, so würde das allerdings dem

Ansehen des Deutschen Reiches

zugute gekommen sein, aber kein Geringerer als der Fürst Bismarck hat schon den Satz vertreten, daß Deutschland keine Vormachts- sondern eine Interessenpolitik treiben müsse. Diesem Grundsatz glaubte die Regierung besser zu entsprechen, wenn sie die Entschädigungen am Kongo annahm, statt sich auf Marokko zu verbeißen, mit allen nicht nur möglichen, sondern sichern Folgen einer solchen Politik. Es ist nun auch der Regierung vorgeworfen worden, daß sie die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Marokko geopfert habe. Dem wird nun an maßgebender Stelle entgegengehalten, daß bei Marokko die offene Tür im weitesten Sinne durch das Abkommen gesichert sein solle. Frankreich müsse sich in Marokko nach den Verträgen richten, ganz ebenso, wie es auch den Frankfurter Vertrag mit seinen handelspolitischen Bestimmungen bisher noch immer befolgt habe. Nach diesem Vertrage haben wir es jetzt in Marokko nicht mehr mit den marokkanischen Behörden zu tun, hinter deren Unwissenheit sich französische Beamte verstecken konnten, sondern Frankreich tritt als Selbstbürge ein für die Zusagen, die es im Vertrage übernommen hat. — Im übrigen läßt sich natürlich über Wert und Unwert des Abkommens erst ein abschließendes Urteil nach Veröffentlichung des Vertrages fällen.“

Heer und Flotte.

Zu dem Unfall der unsre Marine im Kieler Hafen betroffen hat, wird amtlich gemeldet: Als der als Torpedoversuchsschiff dienende kleine Kreuzer „München“ in der Nacht um 10¼ Uhr von Übungen auf See zurückkehrte, sollte ein Boot ausgesetzt werden, das das Schiff an einer Boje im Kriegshafen festmachen konnte. Die vordere Schlippvorrichtung des in zwei Tauen hängenden Bootes wurde zu früh eingeschaltet. Infolgedessen senkte sich das Boot in seinem Vorderteile, während der Hinterteil in seiner alten Lage hängen blieb. Dabei [illegible] ng des Bootes, 14 Personen, stürzten ins Wasser. Es wurden sofort alle nur denkbaren Maßnahmen zur Rettung der ins Wasser Gestürzten getroffen und es gelang auch, 8 Personen zu retten. Ein Unteroffizier und 5 Mann ertranken aber. Bei der Dunkelheit waren die Rettungsarbeiten äußerst erschwert. Die Ertrunkenen konnten sämtlich schwimmen, es scheint aber, daß sie durch die Kälte in ihren Bewegungen gehindert waren, so daß sie sich nicht solange über Wasser halten konnten, bis die Hilfe nahte. Sämtliche Schiffe im Kriegshafen haben die Flaggen auf Halbmast gesetzt.

— Am Morgen des 26. Oktober ist dicht vor dem neuen Hafen in Kuxhaven das Torpedoboot „S 167“ mit einem holländischen Schlepper zusammengestoßen und erlitt hierbei eine so schwere Beschädigung, daß es nur mit Mühe und Not in den Hafen eingebracht werden konnte. Menschenleben sind zum Glück nicht zu beklagen.

Von Nah und Fern.

Nach 28 Jahren begnadigt. Aus dem Zuchthause in Ratibor wurde der Strafgefangene Grobben entlassen, der vor 28 Jahren wegen Mordes zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war. Kürzlich haben seine Verwandten ein Gnadengesuch an den Kaiser gerichtet, worauf ihm jetzt die Strafe ganz erlassen worden ist.

Große Ausstände in der Tabakindustrie in Sicht. In einer in Bremen von der Organisation der Tabakarbeiter einberufenen Versammlung der Tabakarbeiter, Zigarrensortierer und Kistenbekleber wurde beschlossen, in Hamburg, Altona und Bremen in einen Sympathiestreik einzutreten, falls der Kampf der Tabakarbeiter in Westfalen und Lippe keine befriedigende Beilegung erfährt.

PR **Ein Fall von schwarzen Pocken in Ostpreußen.** Ein Besitzer aus Garbassen ist, wie die ärztliche Untersuchung ergab, an schwarzen Pocken erkrankt. Die Krankheit ist aus den russischen Nachbardörfern, die von Pocken heimgesucht sind, eingeschleppt worden. Nach der amtlichen Bekanntmachung ist sofort die Schutzimpfung aller Einwohner von Garbassen und des benachbarten Nierunsken angeordnet worden. Es sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um dem Umsichgreifen der Krankheit vorzubeugen.

PR **Ein Zug ... im Laube stecken geblieben.** Ein recht sonderbares Verkehrshindernis hat sich auf der Strecke Worms-Bensheim eingestellt. Dort hatte der Sturm der letzten Tage zwischen Bürstadt und Lorsch soviel dürres Laub zusammengetragen, daß der letzte Nachtzug sich festfuhr und nicht mehr vorwärts noch rückwärts konnte. Es mußte aus Bensheim eine Hilfsmaschine beordert werden, mit deren Hilfe es endlich gelang, den Zug mit zwei Stunden Verspätung nach Bensheim zu bringen.

Ein Mittel gegen die Genickstarre. Direktor Flexner vom Rockefeller-Institut in New York kündigt an, daß er eine sicher wirkende Behandlung der Genickstarre durch Einspritzung eines Heilmittels unter die Haut gefunden habe.

Luftschiffahrt.

— Der Zeppelin-Kreuzer „Z. 3. 9“, den das preußische Kriegsministerium in Auftrag gegeben hatte, hat nun auch die letzte der Bedingungen erfüllt, die für die Übernahme gestellt worden waren, nachdem das Schiff sich kürzlich bei einer Zwanzigstundenfahrt vorzüglich bewährt hatte. Bei windigem Wetter stieg das Luftschiff morgens 6½ Uhr unter Führung von Ober-Ingenieur Dürr in Friedrichshafen auf, erreichte binnen zehn Minuten ohne jede Ballastabgabe 1350 Meter Höhe und bewegte sich dann während der vorgeschriebenen Zeit von acht Stunden in Höhen von 1200 bis 1400 Metern über dem Seegebiet. Um 3 Uhr 10 Minuten erfolgte die Landung vor der Halle.

— Jean Desparmet, ein junger Flieger, 21 Jahre alt, ging in Reims auf einem Eindecker bei heftigem Winde nach Montcornet (50 Kilometer), um dort vor den Kommissaren seinen Apparat der ersten Landungsprobe auf einem Felde zu unterziehen. Desparmets Apparat zog in 200 Meter Höhe über die Ortschaft Pontgivaut dahin, als er plötzlich vornüberkippte und fast senkrecht wie ein Stein auf den Boden herabschoß. Einige Arbeiter, die den Absturz beobachtet hatten, eilten zur Stelle, um dem Flieger Hilfe zu leisten. Der Eindecker lag in Trümmern an einer Straßenböschung. Einige Teile hatten Feuer gefangen. Sein unglücklicher Führer war fünf Meter weit weggeschleudert und stark mit dem Kopfe fünfzehn Zentimeter tief in der Erde. Als man ihn aufhob, gab er schon kein Lebenszeichen mehr von sich.

Gerichtshalle.

§§ **Berlin.** Das Oberverwaltungsgericht hatte sich mit einem Rechtsstreit zu beschäftigen, der für Lehrer von großem Interesse ist. Ein Lehrer F. war mit seinen Schülern ausgezogen, um zu rodeln; es handelte sich um die Schüler der ersten Klasse einer Knabenschule. Der Lehrer hatte aus den in Verwahr kommenden Schülern zwei Abteilungen gebildet, die nacheinander mit ihren Schlitten abfahren sollten; die Abfahrt der zweiten Abteilung sollte vom Berge erfolgen, sobald die erste Abteilung unten angelangt sei. Ein Knabe der zweiten Abteilung fuhr aber zu früh ab und verletzte daher die Hand des Schülers G. von der ersten Abteilung; ein Finger wurde bei dieser Gelegenheit überhaupt abgefahren. Der Vater des verletzten Schülers machte dafür den Lehrer verantwortlich und verlangte Schadenersatz. Der Vater betonte, das Rodeln sei so gefährlich, daß der Lehrer einen solchen Sport mit den Schülern überhaupt nicht betreiben dürfte; ferner aber hätte der Lehrer mit der ersten Abteilung überhaupt nicht mitrodeln dürfen, sondern hätte auf dem Berge bleiben und verhüten sollen, daß Schüler der zweiten Abteilung zu früh abfahren. Ehe es zu einer gerichtlichen Entscheidung kam, erhob die Königliche Regierung zugunsten des Lehrers den Konflikt und betonte, der Minister habe wiederholt die Ansicht geäußert, daß die Lehrer mit den Schülern rodeln und Schlittschuhlaufen möchten. F. sei vorsichtig zu Werke gegangen und habe sich für das Rodeln eine Bahn ausgesucht, die sich sanft abwärtsneigte. Das Oberverwaltungs-Gericht erklärte den Konflikt auch für begründet und stellte das gerichtliche Verfahren ein, indem u. a. ausgeführt wurde, ein Konflikt sei nur dann begründet, wenn nach dem Konfliktsgesetz und § 11 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz unzweifelhaft feststehe, daß sich Beamte einer Überschreitung oder Unterlassung einer ihnen obliegenden Amtshandlung nicht schuldig gemacht haben. Vorliegend sei die Überschreitung oder Unterlassung einer dem Lehrer F. obliegenden Amtshandlung zu verneinen: der Lehrer hatte gesagt, die zweite Abteilung solle erst abfahren, sobald die erste Abteilung ihre Fahrt beendigt habe. F. konnte sich darauf verlassen, daß die Schüler der zweiten Abteilung gegorchen würden. Er brauchte nicht bei der zweiten Abteilung auf dem Berge zu bleiben, konnte vielmehr die Abfahrt mit der ersten Abteilung mitmachen.

Eine Fahrt durch das Land der Revolution.

⊙ An den Ufern des Jangtsekiang, des Vaters der Ströme, liegen alle die großen Städte, die jetzt zum Hauptquartier der chinesischen Revolutionäre geworden sind. Hankau, Nanking, Wutschang, die in die Hände der Rebellen gefallen sind, werden von den Fluten des Blauen Stromes bespült und an den Ufern sammeln sich die Kämpfer, die gegen die Regierungstruppen ins Feld ziehen. Im ‚Gaulois‘ wird ein fesselnder Brief veröffentlicht, in dem der junge Quartiermeister Dupleix eine Reise nach Hankau beschreibt, die er erst kürzlich vollendet hat und deren Schilderung ein lebendiges Bild dieser rätselhaften ostasiatischen Stadt enthält. „Beim ersten Anblick wirkte Hankau auf mich wie ein zweites Schanghai. An dem mächtigen Flußkai erheben sich die großen europäischen Handelshäuser und Konsulate, und davor lagern in dichten Scharen die Handelsschiffe aller Nationen. In der Ferne sieht man die düstere Masse von Wutschang, der Residenz [illegible] ge, die wir in [illegible] begab [illegible] Entsetzen der Fischer und [illegible] chinesischen Plünderer. Aber Wutschang liegt am andern Ufer, wir bleiben hier in Hankau. Da steht die französische, die englische, die deutsche Konsulatsstätte; die Belgier, die die Bahn von Peking nach Hankau gebaut haben, haben im französischen Konsulat Gastrecht genommen. Aber hinter diesen paar europäischen Häusern, die wie eine Kulisse das wirkliche Hankau verbergen, hausen die Hunderttausende von Chinesen, gegen 800 000 Menschen, und in ihrer Mitte kaum 1500 Europäer. Ich verbrachte einen Tag mit dem Chef der französischen Polizei, einem sehr intelligenten ehemaligen Matrosen, der mich überall herumführte, freilich mit dem Revolver in der Hand. Denn die Chinesen von Hankau hassen die Europäer; erst vor vier Monaten gab es einen Massenaufruhr, das französische und das deutsche Konsulat wurden geplündert, und man belagerte die Europäer drei Tage lang im englischen Konsulatsgebäude. Aber dann kamen die Kanonenboote und achtzig englische Matrosen genügten, um Hunderte von Chinesen zu töten und die vielen Tausende in die Flucht zu jagen. In den wenigen europäischen Restaurants zwingt man die chinesischen Boys, die Speisen zu kosten, ehe man seine Mahlzeit beginnt, denn dies ist das einzige

Kindesliebe.

11] Roman von Rolf Cormans.

(Fortsetzung.)

August Wormser war es, der dem Geheimen Regierungsrat Ludwig Gernsdorff den auf zwölftausend Mark lautenden und von seinem Sohne ausgestellten Wechsel für zehntausend Mark abgekauft hatte — auf dringendes Bitten des Geldbedürftigen und aus reiner Menschenfreundlichkeit, wie er sagte, da er zur Beschaffung der Summe einige Wertpapiere mit beträchtlichem Verlust hatte veräußern müssen, so daß von einem Gewinn aus dem Geschäfte kaum die Rede sein könne. Den Angeklagten sah er heute zum erstenmal, und die Schilderung, die er von seinem Verkehr mit dem Regierungsrat entwarf, stimmte in allen Stücken mit dem Bericht überein, den Walter Gernsdorff aus dem Munde seines Vaters empfangen.

„Als Ihnen der Geheimrat nach seiner ersten Anweisung den Wechsel mit dem Akzept des Professors Bardow überbrachte,“ fragte der Vorsitzende, „schöpften Sie gar keinen Verdacht. Und hielten Sie es nicht für geboten, sich von dem Professor die Echtheit der Namensziehung bestätigen zu lassen?“

„Wie hätte ich auf den Gedanken einer Fälschung verfallen können, Herr Präsident? Und außerdem mußte ich dem Geheimrat mein Ehrenwort geben, die ganze Sache äußerst diskret zu behandeln.“

„Als Sie dann erfuhren, daß hier ein Verbrechen begangen worden war, gewannen Sie da bei der Erinnerung an das Benehmen des Regierungsrates vielleicht den Eindruck, daß er schon bei der Übergabe des Wechsels um die Fälschung gewußt habe?“

„Keineswegs, Herr Präsident. Sein Benehmen war das eines Mannes, der wohl für den Augenblick in starker Verlegenheit ist, aber sonst ein ganz reines Gewissen hat. Ich möchte meine Hand dafür ins Feuer legen, daß er von der Echtheit der Unterschrift ebenso fest überzeugt war, wie ich selbst.“

„Einen Schaden haben Sie nicht erlitten, da Ihnen die zwölftausend Mark voll ausgezahlt worden sind?“

„Ich hatte den Wechsel an einen meiner Geschäftsfreunde weiter gegeben, und er hat, soviel ich weiß, das Geld erhalten.“

Der Zeuge wurde entlassen und der Sekretär Krastel statt seiner vor die Schranken gerufen. Er konnte nur über die Unterredung aussagen, die er am Tage vor der Fälligkeit des Wechsels mit dem Regierungsrat gehabt hatte. Die Aufregung, in die Ludwig Gernsdorff geraten war, als er erfahren, daß das Papier dem Professor Bardow präsentiert werden würde, war ihm seiner Angabe nach allerdings aufgefallen, an die Möglichkeit einer Fälschung aber wollte er trotzdem nicht gedacht haben.

„Angeklagter,“ wandte sich der Vorsitzende an Gernsdorff, „es wird Ihnen bekannt sein, daß Ihr Vater seiner schweren Krankheit wegen bisher nicht hat vernommen werden können. Der Gerichtshof hat im Einverständnis mit dem Herrn Staatsanwalt auf seine Zeugenaussage verzichtet, weil Sie in der Voruntersuchung, wie auch heute, auf das bestimmteste erklärt haben, daß ihm von der durch Sie begangenen Fälschung nichts bekannt gewesen sei. Halten Sie diese Behauptung noch immer aufrecht?“

Fest und bestimmt, ohne das leiseste Zögern, erfolgte die Antwort in einem kurzen, vernehmlichen: „Ja!“

„Nun, wie wollen Sie denn die eifrigen Bemühungen Ihres Vaters erklären, den Wechsel noch vor dem Fälligkeitstermin einzulösen.“

„Das zu erklären, habe ich keine Veranlassung.“

„Sie selbst haben von den zehntausend Mark, die auf den gefälschten Wechsel erlangt wurden, nichts erhalten?“

„Nein!“

Auch der zweite Zeuge war bereits durch einen Wink verabschiedet worden, und nun erhob sich der Staatsanwalt zur Begründung seines Antrages. Er war ein guter Redner mit scharfer, durchdringender Stimme, die seine Worte nur noch härter und unbarmherziger machte. Die Tat des Angeklagten erschien ihm als ein Verbrechen, das notwendig mit der vollen Schwere des Gesetzes geahndet werden müsse, als eine Handlung hohenlosen Leichtsinns und als ein Merkmal niedrigster Gesinnung. Denn derselbe Professor Bardow, dessen Namen er auf eine so schändliche Weise mißbraucht, war ihm seit Jahren ein väterlicher Freund, ein hochherziger Gönner und Förderer gewesen. Ihm allein hatte er seine verhältnismäßig schnelle Karriere und seine geachtete Stellung in der ärztlichen Welt zu verdanken. Und wenn es auf der einen Seite begreiflich erscheine, daß der Angeklagte in kluger Berechnung gerade den Namen dieses Mannes gewählt, von dem er im Falle einer Entdeckung eher als von irgend einem andern Verzeihung und Verschwiegenheit erhoffen konnte, so müsse doch gerade diese gewissenlose Spekulation auf die Großmut eines edlen Menschen als erschwerender Umstand in Betracht gezogen werden.

„Es ist in der Voruntersuchung festgestellt worden und auch bei der heutigen Verhandlung zur Sprache gekommen,“ schloß der öffentliche Ankläger mit erhobener Stimme seine Rede, „daß Professors Bardows plötzlicher Tod eine unmittelbare Folge der furchtbaren Erregung gewesen sei, in die das Geständnis des Angeklagten ihn versetzt hatte. Der treffliche Mann, um dessen Genesung viele Hunderte in Liebe und Verehrung zum Himmel flehten, bezahlte den Irrtum, der ihn sein Vertrauen an einen Unwürdigen hatte verschwenden lassen, mit seinem Leben. Vor dem irdischen Richter freilich kann der Angeklagte für den von ihm verschuldeten Tod seines Wohltäters nicht zur Verantwortung gezogen werden. Aber ich bin der Meinung, daß diese verhängnisvolle Wirkung seiner Tat ihn auch der letzten Sympathien berauben muß, die man ihm aus irgend welchen Gründen vielleicht noch bewahrt haben könnte. Niemals hat ein Verbrecher geringeren Anspruch auf Mitleid und Milde gehabt, als er, und ich zögere deshalb nicht, seine Verurteilung zu einer verhältnismäßig hohen Strafe, nämlich zu drei Jahren Zuchthaus zu beantragen.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219111101-15/fragment/page=0002

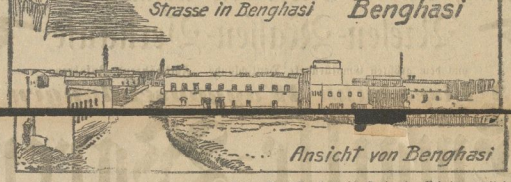
Mittel, sich gegen Vergiftung zu schützen. Der Wirt kommandiert seine gelbe Dienerschar nicht anders als mit dem Revolver in der Hand. Die Situation ist nichts weniger als gemütlich. In den Chinesenquartieren wird man von Zeit zu Zeit mit Steinen beworfen, dann stehen diese Schützen mit dem wilden Rufe: „Ticha-Ticha" (der Teufel). Ich bekam ein solches Wurfgeschoß ans Schienbein und hinkte acht Tage lang. Dieses Hankau ist zweifellos die interessanteste Stadt Chinas, denn erst hier lernt man eine neue Welt kennen."

Aus der Woche.

Berlin, den 27. Oktober 1911.

Der Marokkovertrag ist fertig! Das ist wohl die interessanteste Mitteilung, die aus der abgelaufenen Woche zu verzeichnen ist. Freilich, er ist noch nicht unterschrieben und es fehlen noch einige Kleinigkeiten, aber nachdem der französische Botschafter Cambon bei Herrn von Kiderlen-Wächter im Familienkreise das Souper eingenommen hat, darf als feststehend angesehen werden, daß die Verhandlungen abgeschlossen sind. Damit ist eine Last von den Schultern der beiden Völker diesseits und jenseits der Vogesen genommen, und man kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß das neue Abkommen, das den Charakter eines Staatsvertrages trägt, wirklich alle Reibereien wegen Marokkos ein für allemal beseitigt. Wenn auch der Inhalt des Abkommens noch nicht in seinen Einzelheiten bekannt ist, so darf doch angenommen werden, daß die letzten Berichte der halbamtlichen Pariser Presse mit ihrer Angabe über das Gebiet des Kongo, das an Deutschland fallen soll, das Richtige getroffen haben. Wenn erst der Vertrag im Wortlaut vorliegt, wenn also erst zu übersehen ist, was wir den Franzosen zugestanden haben, wird man ein einigermaßen sicheres Urteil über den Wert des neuen Vertrages (soweit die materielle Seite in Betracht kommt) abgeben können. — In Tripolis tobt der Krieg noch fort, ja man kann sagen, er hat jetzt, wo die Italiener versuchen, nach dem Innern vorzudringen, eigentlich erst angefangen; denn entgegen den ersten italienischen Berichten zeigt sich jetzt, daß die Araber sich keineswegs unterworfen haben, daß sie vielmehr in Verbindung mit den Berbern einen umfangreichen Widerstand organisieren. Sobald also die Italiener sich aus dem Machtbereich ihrer Schiffskanonen entfernen, dürften ihnen bittere Kämpfe bevorstehen, wie schon der Kampf um die Oase bei Tripolis gezeigt hat. Daß unter solchen Umständen die Friedensmöglichkeiten immer geringer werden, ist selbstverständlich, wie auch die Tatsache, daß die Kriegspartei in Konstantinopel mit jedem Tage erstarkt. Im Türkenreiche scheinen sich überhaupt seltsame Dinge vorzubereiten. Hatte das Land bisher unter dem Gegensatz zwischen Jung- und Jungtürken [illegible] Teilen, so hat sich die Lage durch die [illegible] der Jungtürken bedeutend schwieriger gestaltet, so daß englische Zeitungen bereits die Anzeichen einer neuen Revolution zu melden wissen. Wenn man auch diesen Übertreibungen keinen Glauben schenkt, sicher scheint doch zu sein, daß das Türkenreich eine schwere innere Krise durchzumachen hat, auf deren Verlauf der Ausgang des Krieges gegen Italien nicht ohne schwerwiegenden Einfluß bleiben kann. — In England ist ein bemerkenswerter Ministerwechsel vorgegangen. Der Minister des Innern Churchill und der erste Lord der Admiralität (Marineminister) Mac Kenna haben ihre Plätze getauscht. Wenn Churchill, der als Minister des Innern manches kluge Wort für den Frieden und über die Abrüstung fand, auch auf seinem neuen Posten nicht nur so spricht, sondern auch in diesem Sinne wirkt, so wird er ein Feld der Betätigung gefunden haben, auf dem er nicht nur seinem Heimatlande, sondern allen europäischen Völkern undergängliche Dienste leisten kann. Wenn dies die Meinung des englischen Ministerpräsidenten war, als er so plötzlich sein Kabinett von innen heraus umgestaltete, so können wir diese Absicht nur begrüßen und wollen gern die mancherlei Zweifel unterdrücken, die in den letzten Monaten an Englands Haltung aufkommen mußten. — In Österreich bemüht sich das Ministerium umsonst, eine Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen herbeizuführen. Es will sich keine arbeitsfähige Mehrheit finden. Man ist in der Donaumonarchie eben auf das Fortwursteln angewiesen. — Die Revolution in China macht Fortschritte — so melden die einen, sie wird bald von der Regierung niedergeschlagen sein, behaupten die andern. Bei der Unzuverlässigkeit der Berichterstattung ist natürlich gar nicht daran zu denken, ein zutreffendes Bild von den Ereignissen zu gewinnen. Lauten doch selbst die Konsulatsberichte vollständig widersprechend. Man muß in Geduld abwarten, bis es dem Einwirken der fremden Mächte gelungen ist, die Verbindungswege wieder herzustellen und die äußerst strenge Depeschenzensur aufzuheben. Dann wird sich's zeigen, was eigentlich im Reiche der Mitte vorgeht.

M. A. D.



Die Stadt Benghasi ist, wie nun genauere Nachrichten vom tripolitanischen Kriegsschauplatz berichten, nicht von den Arabern geplündert worden, wie es zuerst hieß. Der türkische Befehlshaber Murad Fuad-Bei hatte die Horden der Beduinen verhindert, in die Stadt einzudringen und so das Europäerviertel gerettet. Die Kämpfe um Benghasi dürften noch nicht beendet sein.

Das Allerseelenfest.

⊙ Das Allerseelenfest am 2. November, das dem Andenken der Toten geweiht ist, bringt auch allerlei Sitten und Gebräuche aus der Geschichte des Ahnenkults in die Erinnerung, die mit diesem Tage verknüpft sind. Ein uralter Brauch, der auch heute noch hier und da geübt wird, ist die Darbringung des Allerseelenbrotes, die aus dem in allen Religionen vorhandenen Totenopfern herzuleiten ist. Die Keimkraft des Getreidekorns, die als etwas nahezu Unvergängliches erscheint, ist schon seit zum Sinnbilde einer über das Grab hinaus reichenden Fortdauer des Lebens erhoben worden. Ackerbau treibende Völker, die Ägypter und andre Völker des Orients, wie auch die alten Germanen, gaben daher Korn oder Brot den ewigen Schläfern zur immerwährenden Speise mit in die Gräber. Dieses von den alten Deutschen den Toten gespendete Brotopfer hat sich in unserm Volksglauben durch die Jahrhunderte erhalten, und zwar sind es stets die Armenseelen, die ihren Hunger an den vom Ostisch ihnen aufgehobenen Brosamen, an dem beim Kuchenbacken für sie bestimmten Stückchen Teig sättigen sollen. Allmählich aber hat sich die treue Sorgfalt für die Abgeschiedenen auf die Zeit des Allerseelenfestes konzentriert. In Tirol und Altbayern brennt in den ersten Tagen des November die Nächte hindurch ein Licht im Hause. Die Wohnstube wird vorm Schlafengehen gekehrt, die innere Tür bleibt den Seelen geöffnet und auf den Tisch werden allerlei Speisen aufgetragen, damit die lieben Engelein ungestört einkehren können. Ebenso helzt der Eithe am Allerseelentag seine Badestube, richtet darin eine Mahlzeit an und ruft seine Verstorbenen alle dazu mit Namen herbei. Der Böhme schenkt zu Allerseelen Kindern und Bettlern Brot, damit sie für die Verstorbenen beten. Ebenso ist in Oberdeutschland vielfach der Allerseelentag ein allgemeiner Tag des Spendens. Der Bauer beschenkt seine Dienstboten, der Pate seine Patenkinder, die Gemeinde ihren Pfarrer, arm und reich, alt und jung schenken einander das Allerseelenbrot. Diese Wecken heißen in der Oberpfalz Spitzeln. Scharenweis kommen aus weitentfernten Gegenden die Armen herbeigezogen, um unter dem Spruche: „Gelobt sei Jesus Christus um e Spiz'l", das frische Weizenbrot in Empfang zu nehmen. In Tirol verteilt man am Allerseelentag die Seelstückl, Süßbrote, die für Knaben in Form eines Rößleins oder Hasens, für Mädchen in der einer Henne gebacken werden. „Seelenbrägen" gibt es in Augsburg, „Seelenzöpfe" in andern Teilen Bayerns, in Österreich „heilige Strizel". Im schwäbischen Oberland wurden früher die Allerseelenbrote auf die Gräber gelegt, sodaß die Kinder, wenn sie morgens den Friedhof besuchten, durch reiche Spenden überrascht wurden. Die Totenbrote haben häufig die Form eines Röhrenknochens, woraus auch noch ihr im Engadin gebräuchlicher Name „Totenbeinli" erinnert. Vielfach sehen sie wie spitz zulaufende Haarflechten aus und erhalten daher die Bezeichnung „Seelenzöpfe". Im 16. Jahrhundert wurde noch, wie aus einem Bericht des Freiburger Professors Lorichius zu entnehmen ist, zu Allerseelen Wein nebst Brot und andern Speisen auf die Gräber gestellt, zur Labe für die Toten.

Gemeinnütziges.

⊙ **Brüchigwerden von Schläuchen** verhütet man, indem man sie von Zeit zu Zeit in eine dreiprozentige Karbollösung legt.

⊙ **Veraltete Fettflecken** entfernt man aus Fußböden, indem man die fleckigen Stellen mit Lehm, der mit Essig angefeuchtet ist, belegt.

Buntes Allerlei.

⊙ **Spitzbergen ein neues Goldland.** In Aberdeen ist der Dampfer „Rivarto" wieder eingetroffen, der seinerzeit im tiefsten Geheimnis nach Spitzbergen entsandt worden war, um dort Untersuchungen nach dem Vorkommen von Gold zu beginnen. Die heimgekehrten Mitglieder der Expedition bringen die überraschende Feststellung mit, daß das kühne Wagnis mit einem ungeahnten Erfolge abgeschlossen hat; man fand Stellen, in denen goldhaltiges Quarz in großen Mengen vorkam und zwar in solchem Reichtum, daß eine Ausnutzung dieser neuen Goldquelle sicheren Gewinn gewährleistet. Nach den Forschungen der Expedition wird jedoch Spitzbergen nicht nur in die Reihe der Goldländer emrücken; man fand auch andre mineralische Reichtümer, die einen Abbau lohnen. So entdeckte man große Marmorablagerungen und ein weit ausgedehntes Kohlenfeld. An Bord des „Rivarto" hat man 15 Tonnen Marmor und 50 Tonnen der gefundenen Kohle mit nach England gebracht, um als Probe und Beweis zu dienen. Eine Gesellschaft, die die Ausbeutung dieser neuentdeckten Reichtümer Spitzbergens in die Hand nehmen will, ist bereits in der Bildung begriffen.

Der Gesundheitszustand der Londoner Schulkinder. Die Schulkommission des Londoner Grafschaftsrates veröffentlicht in diesen Tagen einen sehrreichen Bericht über die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchung der Londoner Schuljugend im Jahre 1910. Insgesamt wurden 172 619 Schulkinder einer gründlichen ärztlichen Untersuchung unterworfen, und dabei zeigte es sich, daß nur 81 151 als vollkommen gesund und frei von allen organischen Fehlern befunden wurden. Sehfrankheiten und Kurzsichtigkeit mußten in 18 923 Fällen festgestellt werden, die Zahl der Nasen- und Halsleiden belief sich auf 29 927, die Fälle von Ohrenkrankheiten und Schwerhörigkeit auf 9499, und die Zahl der mit Hautkrankheiten behafteten Kinder auf 2913. Das Gesamtergebnis dieser ärztlichen Untersuchung der Schuljugend gipfelt in der Feststellung, daß 46,7 Prozent der Kinder sich eines guten Gesundheitszustandes erfreuen. Mittelmäßig ist der Gesundheitszustand bei 41,8 Prozent und schlecht bei 11,5 Prozent der Schüler. Auf Grund dieser Feststellungen wird angeregt, nach deutschem Muster Waldschulen zu errichten und Schulerreisen und Schulerausflüge einzuführen.

Walter Gernsdorff war während dieser vernichtenden Rede ganz unbeweglich geblieben. Nur zuletzt, als ihm der Staatsanwalt die Verantwortung zugemißt hatte für Professor Berdows Tod, war er mit der Rechten einmal über die Stirn und durch das dichte, dunkle Haar gefahren. Sein Gesicht aber war gleichmäßig finster und starr geblieben. Nichts von dem, was in seiner Seele vorgehen mochte, spiegelte sich in seinen Zügen.

Mit leiser Stimme, mühsam nur eine tiefe Bewegung niederkämpfend, hatte der Rechtsanwalt Sieveking seine Verteidigung begonnen. Er stand in Wahrheit, wie Gernsdorff es ihm vorausgesagt, auf einem verlorenen Posten, und seine schwache Hoffnung, daß sich im Laufe der Verhandlung noch irgend ein für seinen Klienten günstiger Umstand ergeben würde, hatte sich nicht erfüllt. Die Tatsachen, die dem unglücklichen Freunde das Brandmal des Verbrechers aufdrückten, standen unumstößlich fest, und auch die erfindungsreichste Advokatenklugheit vermochte an ihnen nicht mehr zu drehen und zu deuteln. Der einzige Erfolg, der sich vielleicht noch erringen ließ, bestand in der Erlangung der Zusicherung mildernder Umstände, aber auch dazu gab es kein andres Mittel, als einen wenig aussichtsvollen Appell an die Menschlichkeit der Richter.

Und Sieveking tat, was er vermochte, um auf ihr Herz zu wirken. Er bekannte sich offen als einen langjährigen Freund des Angeklagten; er verwies auf die Makellosigkeit seines Vorlebens und schilderte in beredten Worten die Vorzüge seines Charakters, die ihm als Schüler wie als Studenten die Hochachtung seiner Kameraden eingetragen. Auf das schwerlichste belastete er im Interesse seines Klienten die grausame Schicksalsfügung, die den Regierungsrat Gernsdorff verhindert hatte, Zeugnis abzulegen für seinen Sohn. Denn dies Zeugnis würde unfehlbar dargetan haben, daß der Angeklagte nicht aus unedlen Beweggründen gehandelt habe, sondern nur ein bedauernswertes Opfer übergroßer Kindesliebe geworden sei. Um den Vater aus schwerer Bedrängnis zu retten, habe er sich zu einer Tat hinreißen lassen, die niemand Schaden bringen sollte, und die ja auch in Wahrheit niemand Schaden gebracht hätte, wenn der Wucherer seinem Versprechen treu geblieben wäre und den unglückseligen Wechsel nicht aus den Händen gegeben hätte. Für den Tod des schwerkranken Professors, der nach ärztlichem Gutachten ein aufgegebener Patient gewesen sei, dürfe man seinen armen Freund wahrlich nicht verantwortlich machen und die freimütige Offenheit, mit der er sich von allem Anbeginn zu seiner Schuld bekannt habe, werde dem Gerichtshofe diese Schuld gewiß in einem milderen Lichte erscheinen lassen.

„Mein Klient ist bereit, zu sühnen, was er gefehlt hat," endete Sieveking mit zitternder Stimme, „aber ich hege die feste Zuversicht, daß Sie einem Manne, der durch die Vernichtung seiner Existenz schon so hart gestraft worden ist, wenigstens die Schmach des Zuchthauses ersparen werden. Ich bitte darum, ihm mildernde Umstände zuzubilligen und nur auf eine kurze Gefängnisstrafe zu erkennen."

Seine Worte waren anscheinend nicht ohne Eindruck auf die Richter geblieben; aber der Staatsanwalt erhob sich sofort zu einer Entgegnung. Er halte es, wie er sagte, für seine Pflicht, einen Abwesenden gegen die Verdächtigungen in Schutz zu nehmen, die in der Rede des Verteidigers enthalten gewesen seien. Der Geheime Regierungsrat Gernsdorff habe sich in einem langen Leben, das offen vor aller Augen daliege, als ein Mann von unantastbarer Ehrenhaftigkeit und Lauterkeit des Charakters erwiesen, daß der Angeklagte fürwahr nicht gut daran tue, sich jetzt als ein bejammernswertes Opfer seiner Sohnesliebe hinstellen zu lassen. Denn wie groß auch immer seine Bedrängnis gewesen sein möge, der Geheimrat Gernsdorff würde sicherlich tausendmal lieber zum Bettler geworden sein, als daß er sich um solchen Preis hätte retten lassen wollen. Der Angeklagte habe seinem unglücklichen Vater das Schlimmste angetan, was einem Ehrenmann widerfahren könne, er habe seinen Namen mit unauslöschlichem Schmach besudelt, und wenn Ludwig Gernsdorff imstande gewesen wäre, hier vor diesem Gerichtshof zu erscheinen, würde er gewiß der Erste gewesen sein, seinem tiefen Abscheu vor der Handlungsweise seines ehrvergessenen Sohnes Ausdruck zu verleihen.

Die Erwiderung schoß in ihrer Schärfe zu weit über das Ziel hinaus, um die beabsichtigte Wirkung zu tun, und der Verteidiger folgte nur einem vollkommen richtigen Empfinden, wenn er auf eine Antwort verzichtete. —

Der Vorsitzende rührte die Glocke, um zu verkünden, daß sich der Gerichtshof zur Beratung zurückziehe. Offenbar wurde es dem Kollegium nicht ganz leicht, sich über den Spruch zu einigen, denn beinahe eine Stunde war vergangen, ehe die feierlichen Gestalten in ihren schwarzen Talaren wieder hinter dem grün verhangenen Tisch erschienen.

Der Vorsitzende bedeckte sein Haupt mit dem Barett und verkündete unter lautloser Stille das Urteil. Der Angeklagte wurde für schuldig erklärt der schweren Urkundenfälschung unter Versagung mildernder Umstände. Einzig mit Rücksicht auf die Tatsache, daß niemand einen materiellen Schaden erlitten habe, blieb das Strafmaß hinter dem Antrage des Staatsanwalts zurück.

„Sie sind zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, Angeklagter! Wollen Sie sich bei diesem Erkenntnis beruhigen?"

Straff und hochaufgerichtet, mit totenbleichem, doch vollkommen ruhigem Antlitz stand Walter Gernsdorff hinter den Schranken der Anklagebank.

„Ja. Und ich bitte, meine Strafe sogleich antreten zu dürfen."

„Diesen Wunsch wird Ihnen der Herr Staatsanwalt erfüllen. Gerichtsdiener, führen Sie den Verurteilten ab! — Die Verhandlung ist geschlossen."

8.

„Ist denn noch immer kein Brief von Walter da? Seit einer Woche hat er kein Lebenszeichen mehr gegeben. Wenn ihm nun etwas zugestoßen wäre! Vielleicht ist er krank."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219111101-15/fragment/page=0003

Vermischtes.

Nebra, 31. Oktober. In letzter Zeit wurden, wie das gegenwärtig anderwärts geschieht, auch in unserer Schule während der Turnstunden Uebungen ausgeführt, die eine Vorbereitung für den Militärdienst bezwecken. Solche Uebungen, unter dem Namen „Kriegsspiel" bekannt, sind, wie der Name sagt, zunächst ein Spiel, das erfahrungsmäßig von Knaben auch sonst mit größtem Eifer gespielt wird. Der Hauptwert besteht wohl in der gesundheitlichen Bedeutung. Die Schüler sind in freier Luft in reger Bewegung und gewöhnen sich an das Ertragen von Strapazen. Somit tragen diese Uebungen auch zur Erhaltung der Wehrhaftigkeit und Militärtauglichkeit und mittelbar zur Volksgesundheit in allgemeinen bei. Daneben werden die Knaben im Entfernungschätzen, Anpassen an das Gelände, Aufsuchen von Deckungen, scharfen Beobachten geübt. Erst dadurch lernt der Schüler aber auch recht die Schlachtenpläne verstehen, die ihm in der Schule gezeigt und erklärt werden. — Die hier veranstalteten Uebungen fanden ihren Abschluß in einer am vergangenen Freitagnachmittag abgehaltenen Geländeübung und einem Kriegsspiel unter der Leitung der Herren Lehrer Hoffmann und Reinhardt. Es war folgende „Kriegslage" ausgegeben. Eine von Wegendorf anmarschierende Partei A versucht oberhalb Nebras die Unstrut zu gewinnen und zu überschreiten. Die Partei B hatte die Aufgabe, diesen Vormarsch aufzuhalten, den Feind abzudrängen und am Ueberschreiten der Unstrut zu verhindern. Nach Beendigung der Uebung rückten die Teilnehmer (Knaben der 1., 2., 3. und 4. Klasse, etwa 150 Schüler) mit Gesang und Musik wieder zur Schule zurück.

Nebra, 31. Oktober. Am vergangenen Sonnabend fand im Anker eine gemeinsame Versammlung der Lehrervereine Nebra, Freyburg, Bibra und Roßleben statt. Nachdem Herr Lehrer Hohlbein die Versammlung eröffnet hatte, sprach ein Vertreter des Union-Verlags Berlin über die von ihm im Saale ausgestellten Materialien für den Zeichenunterricht. Den Hauptteil bildete ein Vortrag des Herrn Rektor Winter von hier über „Arbeitsschule und Werkunterricht". Von allgemeinen methodischen Schulreformen ausgehend, zeigte der Referent das Werden der Arbeitschulbewegung im Zusammenhange mit den geistigen und sozialen Zeitströmungen und an ihren hauptsächlichsten Vorkämpfern. Er charakterisierte sernerhin die mannigfachen Weisen der Schülerarbeit: Darstellungen in Holz, Pappe, Ton, Plastilin, Draht, Papier usw. Herr Rektor Winter kritisierte dann die gesamte Bewegung; er wies sie ab, da sie eine Mißachtung geistiger Arbeit in sich schließt, nur mit dem rohen Arbeitsbegriff rechnet und andrerseits leicht zu Spielerei ausartet. Doch sei eine Verwertung der Idee sehr zweckmäßig und gelegentliche Schülerarbeiten im körperlichen Gestalten seien sehr angebracht, wie man ja auch in unserer Schule gereits begonnen hat, geeignete Dinge in Ton usw. darzustellen, zunächst nur als Hausarbeiten der Schüler. Eine lebhafte Diskussion, in der man sich im Sinne des Vortrags gegen eine Ueberspannung des Werkprinzips wandte, beschloß die Sitzung.

Nebra. Der Gewerbeverein hat seine regelmäßigen Zusammenkünfte im Winterhalbjahr begonnen und zwar an jedem ersten Freitag im Monat abends 8 Uhr im „weißen Roß". Der nächste Abend findet am 3. d. M. statt. Es sollen an jedem Abend allgemeine kleinere Vorträge und Besprechungen über handwerkliche und gewerbliche Angelegenheiten stattfinden. Neue Mitglieder sind jederzeit angenehm und werden durch den Vorstand aufgenommen.

Nebra. Die hiesige Baugewerken-Innung hielt am vorigen Sonntag im „Gasthof zum Anker" ihre Quartals-Versammlung ab. Es wurde für gut befunden, sich an dem von der Handwerkskammer angeregten Meisterkursus zu beteiligen; auch möchten einige ältere Mitglieder an dem Kursus teilnehmen, wenn für diese der Beitrag von 7,50 Mk. ermäßigt wurde, wofür die Bücher und Formulare in Fortfall kommen könnten. Die Anschaffung eines neuen Ratgebers, welcher durch die Handwerkskammer herausgegeben werden soll, wurde empfohlen und von 6 Mitgliedern bestellt. An der am 19. November in Querfurt stattfindenden Handwerksmeister-Versammlung wollen sich die Mitglieder möglichst zahlreich beteiligen.

Nebra, 30. Oktober. Mehrere beim hiesigen Maurermeister Iwan beschäftigten ausländischen Arbeiter waren diese Nacht gegen 2 Uhr auf dem Nachhausewege von Großwangen nach Kleinwangen begriffen. An der Fähre angelangt riefen sie längere Zeit nach dem Fährmann. Da dieser nicht hörte, entschloß sich der 22jährige Arbeiter Kassmir Blaca aus Klay (Galizien) an dem Seile entlang zu klettern, um an das andere Ufer zu gelangen; in der Mitte des Flußes angekommen, riß das Seil und der Wagehalsige fiel in die Unstrut und ertrank. Za. 25 m von der Unfallstelle entfernt wurde die Leiche heute Vormittag gefunden und polizeilich aufgehoben.

Zingst, 30. Oktober. Bei der heutigen Jagd des Ritterguts Zingst wurden von 7 Schützen 124 Fasanen, 72 Hasen, 16 Kaninchen und 5 Diverses zur Strecke gebracht.

Gleina, 28. Okt. Bei der heutigen Holzjagd erlegten 7 Schützen 90 Hasen, 198 Fasanen, 998 Karnickel, 3 Hühner und 5 Verschiedenes, in Summa 1294 Stück. Beste Strecke hatte Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen mit 335 Stück und Se. Hoheit der Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg mit 312 Stück.

Von der Unstrut. Die Zuckerrüben polarisieren etwas besser als im Vorjahre, nämlich mit 17—19 Prozent. — Die Viehpreise betragen gegenwärtig in unserer Gegend für Schweine 46—48, Rinder 33—36, Stiere 37 bis 40, Ochsen 40—43, Kälber 36—37, Schöpse 32—35 Mark für den Zentner lebendes Gewicht.

Telegraphische Bekanntmachung!

Billig! Nebra Billig!

In dem grossen Saale zum Ratskeller Bes. Herr Karl Kühnold.

Von Dienstag, den 31. Oktober bis Montag den 6. November,

Nur 7 Tage! **Riesen-Massen-Verkäufe** Nur 7 Tage!

aus dem größten Emaillewerke Deutschlands. Fortwährend Zufuhren.

3 Eisenbahn-Waggonsendungen

Emaille-Waren

Zum Aussuchen! sollen zu fabelhaft billigen Preisen verkauft werden. Kein Kaufzwang!

Alle Haus- und Küchengeschirre in selten großer Auswahl spottbillig!

Jeder wird zum Besehen der Waren freundlichst eingeladen; wer diese Gelegenheit versäumt, ist sich selbst zum Schaden.

Nicht zu vergleichen mit den teuren Preisen vorheriger Verkäufe.

Nur 7 Tage! Massenverkäufe bis Montag, den 6. November abends. Nur 7 Tage!

Billiger wie jede Konkurrenz.

In Bernburg 32 Eisenbahn-Waggonsendungen in 6 Wochen verkauft.

Gebr. Ackerschott aus Elberfeld.

Unserm Verein sind als Mitglieder neu beigetreten:
Alfred Flade, Manufakturwaren,
Hermann Melchior, Schuhwaren.

Der Rabattsparverein Nebra.

Herren-Schneider,

welche Lust haben, sich **selbständig** zu machen, finden reichliche, dauernde **Unterstützung** und werden **vollständig eingerichtet** durch grosse **Herren- und Knaben-Kleiderfabrik.** Bedingung: Etwas Ersparnisse **oder** kleiner Grundbesitz **oder** sichere Bürgen. Offerten unter **J. V. 5282** befördert **Rudolf Mosse, Berlin S. W.**

Salamander- Stiefel für Damen und Herren
Einheitspreis Mk. 12,50,
Luxusausführung Mk. 16,50.
Alleinverkauf für Nebra **Hermann Sachse.** Nähe der Bahn.

Redegewandter, ehrl.
junger Mann,
am liebsten aus dem Handwerkerstande, wird für dauernde Stellung, als Inkasso- und Verkaufs-Agent für die **Roßleber-Nebraer Gegend,** möglichst per sofort gesucht. Anlernung und Unterstützung im Verkauf vom Hauptgeschäft aus, findet statt. Kleine Kaution erforderlich. Offerten erbeten unter **T. K. 638** an Annoncen-Expedition
Richard Gründler, Halle a. S.

Verwaltungs-Beamtenschule Bad Sulza
Prospekt frei.

Wippach.
Zur Saalweihe
Sonntag, den 5. November,
von nachmittags 3 Uhr an,
ladet freundlichst ein **M. Koch.**

H. Melchior, Nebra,
Schuhgeschäft und Schnellsohlerei mit elektrischem Betrieb.
Empfehle mein großes Lager
fertiger Herren-, Damen- und Kinderschuhwaren
von den Einfachsten bis zum Feinsten in allen Preislagen.
Filzwaren in reicher Auswahl.
Um den vielfachen Wünschen meiner geehrten Kundschaft nachzukommen, bin ich dem Rabattsparverein beigetreten und gewähre auf alle gekauften Schuhwaren **5% Rabatt.**

Sprechtag in Nebra
Mittwoch, den 1. November 1911,
Vormittags 10 Uhr, im Gasthof zur Burg (Inhaber Pannier).
Effing,
Rechtsanwalt und Notar
zu **Freyburg a. U.**

Sprechtag Donnerstag von 2—5 Uhr im Gasthof zur Burg, Nebra.
Paul Olbrecht, zahntechn. Atelier, Querfurt.

Schützenhaus.
Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr,
1. Abonnements-Konzert
wozu freundlichst einladen
M. Schlak. **B. Wächter.**

Königl. Preuß. Lotterie.
Die Erneuerung der Lose 5. Klasse 225. Lotterie bitte von heute ab gütigst zu bewirken.
Nebra. **Waldemar Kabisch.**

Wenn Sie
nicht essen können, sich unwohl fühlen, bringen Ihnen die
ärztl. erprobten
Kaiser's
Magen-Pfeffermünz-Caramellen
sichere Hilfe. Sie bekommen guten Appetit, der Magen wird wieder eingerichtet und gestärkt. Wegen der belebenden und erfrischenden Wirkung unentbehrlich d. Touren. Paket 25 Pfg., Dose 15 Pfg. in der
Adler-Drogerie in **Nebra.**

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219111101-15/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 25 Pfg.
Inserate werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 87. | Nebra, Mittwoch, den 1. November 1911. | 24. Jahrgang.

Reichstagswahlen und Kanzlerkrise.

Nach der großen Rede, die der Reichskanzler als Erwiderung auf die Anfrage hielt, welche Stellung die Reichsregierung zu der herrschenden Teuerung einzunehmen gewillt sei, nahm man allgemein an — und die Presse fast aller Parteien brachte das zum Ausdruck — daß Herr v. Bethmann-Hollweg den Hauptpunkt seiner Rede, nämlich das Festhalten an unserer Wirtschaftspolitik, deren Grundstein das Schutzzollsystem ist, zur Wahlparole der Regierung für die kommenden Reichstagswahlen erkoren habe. Indessen der Reichskanzler läßt durch die halbamtliche „Nordd. Allgem. Ztg.“ erklären, daß seine Ausführungen durchaus

keine Wahlparole

enthielten, sondern lediglich den Zweck hatten, gegenüber den mancherlei Angriffen auf unsre Wirtschaftspolitik hervorzuheben, daß die Regierung nicht die Überzeugung gewonnen habe, die augenblickliche Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt sei eine Folge unsres Schutzzollsystems, sondern vielmehr die unausbleibliche Rückwirkung der mit der Dürre des abgelaufenen Sommers verbundenen Mißernte. Damit ist festgestellt, daß die Regierung auch jetzt noch nicht eine Wahlparole ausgegeben hat. Ohne Zweifel wird sie indessen in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, zu erklären, unter welchem Zeichen sie den Wahlkampf zu führen gedenkt, der, da die Wahl für den 12. Januar festgesetzt ist, natürlich schon jetzt mit aller Schärfe entbrennen wird. Freilich, die Gerüchte wollen nicht verstummen, daß wir vor einer

Regierungskrise

[illegible] selbst in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg vor einigen Tagen sich über seine schwankende Gesundheit beklagt und dabei auch von Amtsmüdigkeit gesprochen haben soll. Es ist denn auch kein Geheimnis mehr, daß sich der Kaiser bereits mit dem Gedanken an einen Nachfolger für Herrn v. Bethmann-Hollweg vertraut gemacht hat. Wenn nun auch der Besuch, den der Monarch jüngst dem preußischen Landwirtschaftsminister v. Schorlemer auf seinem Gute Lieser gemacht hat, damit nicht unmittelbar in Verbindung gebracht werden kann, so ist doch immerhin möglich, daß auch Herr v. Schorlemer-Lieser auf die Liste der

Kandidaten für den Kanzlerposten,

auf der in erster Linie der Staatssekretär des Innern v. Delbrück und der Staatssekretär des Äußeren v. Kiderlen-Wächter stehen, gesetzt worden ist. Man denkt sich (in eben den „eingeweihten“ Kreisen) die Sache so, daß Herr v. Bethmann-Hollweg die gelegentlich der bevorstehenden Besprechung des Marokko-Abkommens im Reichstage ohne Zweifel einsetzende Kritik der Parteien zum Anlaß nehmen wird, dem Kaiser seine Entlassung anzubieten unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand, der durch die ununterbrochenen Amtsgeschäfte des letzten Jahres schwer erschüttert sei. Und man nimmt an, daß der Monarch das Gesuch seines Ratgebers in Anerkennung seiner Verdienste in Gnaden unter Verleihung einer Rangerhöhung bewilligen wird. Neben diesem Gerücht machen natürlich noch manche andern die Runde. Nach dem einen soll schon vor Monaten (als die neueste Marokkokrise begann) sich

Kaiser Wilhelm für die Reichstagsauflösung

ausgesprochen haben, bei dem Kanzler aber auf Widerstand gestoßen sein, denn Herr v. Bethmann-Hollweg vertrat damals die Ansicht, daß die Herbsttagung des Parlaments nötig sei, „um die durch einen gewissen Teil der Presse aus Anlaß der Reichsfinanzreform künstlich hervorgerufene Erregung weiter Volkskreise erst abflauen zu lassen.“ Der Monarch (und mit ihm ein großer Teil seiner Umgebung) seien nun der Meinung, daß die Wahlen unbedingt unter dem Zeichen der Marokkofrage hätten stattfinden müssen. Die bisherigen Verhandlungen in der Herbsttagung des Reichstages, sowie die Nachwahlen zum Volksparlament hätten unleugbar gezeigt, daß die von Herrn v. Bethmann-Hollweg erwartete und vorausgesagte versöhnende

Wirkung der Zeit

ausgeblieben sei und daß die verhängnisvolle Spaltung im deutschen Bürgertum eher zu- als abgenommen habe. — Wenn es sich, wie gesagt, bei allen diesen Gerüchten auch wohl nur um Vermutungen handelt, so ist es doch immerhin nicht zu leugnen, daß sie der Wahrheit nahe kommen können; denn schon im August durften ja deutsche und auswärtige Zeitungen unwidersprochen melden, daß Herr v. Bethmann-Hollweg nach dem Abschluß des Marokkovertrags sich endgültig von den Staatsgeschäften zurückziehen würde. Und wenn damals auch davon die Rede war, daß Herr v. Kiderlen-Wächter zu derselben Zeit seinen Posten verlassen werde, so würde das durchaus den Ereignissen entsprechen, falls Herr v. Kiderlen-Wächter des Reiches sechster Kanzler würde. Jedenfalls darf man sich im Verlaufe des Wahlkampfes auf eine Wandlung der innerpolitischen Lage gefaßt machen, mit der heute noch keine der Parteien, sondern nur wenige Eingeweihte rechnen. M. A. D.

Deutscher Reichstag.

Am 27. d. Mts. haben die Interpellationen des Zentrums und der Fortschrittler über die Maul- und Klauenseuche auf der Tagesordnung.

Auf Befragen erklärt sich Staatssekretär Delbrück bereit, die Anfragen sofort zu beantworten.

Abg. Steindl (Ztr.) begründet die Zentrumsanfrage. Zum direkten Schaden der Seuche — die Tiere können nicht verkauft werden und geben keine Milch — kommen die indirekten: die Ernte kann nicht hereingebracht werden und das Feld ist nicht zu bestellen. Dem Millionenwerte unsrer Viehbestände entspricht eine lückenlose Grenzsperre und außerdem muß unser

Antrag auf Entschädigung

für das an Maul- und Klauenseuche eingegangene Vieh endlich in Kraft gesetzt werden. Erwünscht sind kleine Sperrgebiete.

Abg. Fegter (fortschr. Vp.) begründet die fortschrittliche Interpellation. Daß die Seuche der Volkswirtschaft ungeheure Schädigung bringt, darüber herrscht Übereinstimmung. Nur in der Beurteilung der Maßregeln gehen die Meinungen auseinander. Ich rate nochmals zu der Zulassung aller Tierärzte. Jedenfalls ist zu untersuchen, ob nicht zweckentsprechendere Maßregeln zu treffen sind. Auch hier ergibt sich als Erleichterung der kleinen Landwirte von selbst die Beleihung des Futtergerstens und des Maisgolds. Heute sind die

Sperrmaßregeln noch schädlicher,

als die Seuche selbst. Man berufe deshalb Sachverständige, damit nicht Maßregeln vom Grünen Tisch her verordnet werden. Zudem müssen die Maßregeln auch einheitlich sein. Mit der Bewilligung von Reichsmitteln zur wissenschaftlichen Erforschung der Maul- und Klauenseuche würden wir einverstanden sein. Wir raten auch, Landesmittel flüssig zu machen, und dann das Wesen der Seuche auf verschiedenen Wegen zu erforschen.

Staatssekretär Delbrück: Der Verlauf der Maul und Klauenseuche ist für Reichsregierung und Bundesstaaten gleichmäßig ein Gegenstand der Sorge. Uns ist nicht entgangen, daß unsre bisher erfolgreiche Art der Bekämpfung zuletzt weniger Erfolg hatte. Wir sind aber bestrebt, alle Beschwerden zu prüfen und in unausgesetztem Verkehr mit den Bundesstaaten Ungleichmäßigkeiten zu beseitigen. Es muß aber lokale Bewegungsfreiheit bestehen. Was die Zweckmäßigkeit der veterinärpolizeilichen Bekämpfung der Seuche betrifft, so haben die Erfahrungen der letzten Zeit uns Dienste geleistet bei den neuaufzustellenden Ausführungsvorschriften zum Reichsseuchengesetz. Ende August hatte die Seuche wohl ihren Höhepunkt erreicht. In Österreich-Ungarn, Holland, der Schweiz usw. trat die Seuche ähnlich heftig auf. Nur England mit seiner insularen Lage kam besser davon. Man wird aber nicht sagen können, daß die bei uns geltenden Bestimmungen zur Bekämpfung der Seuche an deren starker Verbreitung schuld sind. Die

möglichst energische Bekämpfung

der eben erst ausgebrochenen Seuche durch Heranziehung möglichst vieler Tierärzte wird auch von den Ausführungsbestimmungen zum neuen Reichsseuchengesetz ermöglicht und erstrebt. Das Maß der Entschädigungsansprüche ist durch das neue Gesetz übrigens erheblich erweitert. Die Entschädigungspflicht ist auf Tuberkulose sowie auf viele Fälle der Maul- und Klauenseuche sowie des Milzbrands ausgedehnt. Endlich die Frage der wissenschaftlichen Erforschung. Vor einer Reihe von Jahren haben wir erhebliche Mittel bereitgestellt. Warten wir aber erst einmal das Ergebnis der preußischen Arbeiten ab. Prof. Löffler ist ja eine anerkannte Autorität. Erst dann ist die Zeit, sich nach der einen oder andern Seite hin schlüssig zu machen.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Hahn (kons.): Nach kurzer seuchenfreier Zeit ist die Seuche verstärkt ausgebrochen. Sie kam aber nicht nur aus dem Osten, sondern zugleich über die französische Grenze. In Deutschland ist oder die Seuche gottlob nicht heimisch. Wir haben den Kampf also an der Grenze zu führen. Ist die Seuche aber eingeschleppt, ist sie mit gleicher Schärfe im Inlande zu bekämpfen. Ich will nicht alle mir zugegangenen Klagen hier vorbringen. Aber wenn in Ostpreußen ein Tierarzt die verseuchten Tiere

auf der Landstraße aufstellt

oder russische Viehhändler aus verseuchten Bezirken in unverseuchte Ställe gelassen werden, so ist das doch betrübend. Ein Fortschritt ist ja schon, daß die Bekämpfung der Seuche stark dezentralisiert worden ist. Wo Kreistierarzt und Landrat energisch zusammenarbeiten, ist jedenfalls auch der Erfolg nicht ausgeblieben. Der Schutz gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande ist und bleibt aber unzulänglich. In der Bekämpfung der Seuche gehen nun die Ansichten der Landwirte und Fleischer auseinander. Die Fleischer meinen, die Landwirte gehen zu rigoros vor. Wir können aber gar nicht rigoros genug vorgehen, und je schärfer wir an der Grenze sind, um so leichter haben wir es im Inlande. Wo kleine Landwirte schwer geschädigt sind, sollten den kleinen Landwirten von den einzelstaatlichen Regierungen für ein Jahr zinslose Kredite gewährt werden, wie es so oft bei preußischen Königen getan haben. Nur wenn wir eine feste Mehrheit für die bisherige Bekämpfung der Seuchen haben, ist Aussicht für den Fortbestand dieser Bekämpfung. Das sollten die Nationalliberalen nicht übersehen. Hier muß auch die Regierung auf dem Posten sein.

Abg. Keil (soz.): Der Vorredner hat in diese Frage ein parteipolitisches Moment getragen. Von einer Einschleppung der Seuche von Südwest her ist keine Rede. Wohl aber steht fest, daß die Seuche aus Preußen nach Württemberg eingeschleppt worden ist. Man sperre die Seuchenherde ab, aber nicht die einzelnen Länder. Wie aber wäre es, wenn in den nächsten drei Monaten die Führer des Bundes der Landwirte in Beobachtungszustand versetzt würden, um die Verbreitung der Seuche zu verhindern?

Preußischer Landwirtschaftsminister Frhr. von Schorlemer: In den Jahren 1901/09 hatten wir günstige Zustände. Aber auch in diesem Jahre hat die Seuche gottlob einen entscheidenden Einfluß auf die Viehbestände nicht gehabt. Die Sperrbezirke suchen wir möglichst klein zu gestalten. Alle Kosten der tierärztlichen Untersuchung auf den Staat zu übernehmen, würde zu weit gehen. Daß die Mandver der Verbreitung der Seuche erheblich Vorschub leisten, ist praktisch nicht erweislich. Es wird geklagt, daß in einem Orte die Kirmes verboten, [illegible] bereits gestattet wurde. Das ist noch nicht zufällig. Bei der Kirmes ist, namentlich wenn einmal getanzt wird, die Berührung von Mensch zu Mensch lebhafter als bei einer Versammlung des Vaterländischen Frauenvereins. Im übrigen dankt die preußische landwirtschaftliche Verwaltung für alle Anregungen, die ihr zur Bekämpfung der Seuche gegeben sind.

Abg. Neuner (nat.-lib.): Die Regierung hat früher mannigfache Anregungen des Reichstages unbeachtet gelassen.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Bumm: Die Wissenschaft hat sich gegenüber dieser Seuche keineswegs untätig gezeigt. Es sind vielmehr wesentliche Grundlagen zur Bekämpfung der Seuche gefunden, wenn auch der Krankheitserreger noch nicht entdeckt ist. Auch bei den Pocken ist der Krankheitserreger noch nicht entdeckt, und doch kann man energisch vorgehen. Die Untersuchungen werden fortgesetzt und suchen zurzeit nach einem Immunisierungsmittel.

Abg. v. Oertzen (freikons.): Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch der Fleischverzehrer. Die Grenzsperre hat das Deutsche Reich lange Jahre seuchenfrei gehalten und darf nicht beseitigt werden. Die Sperrmaßregeln müssen [illegible] französische Grenzregulierung (in Togo) handelt, für die gleichfalls eine Genehmigung hand der Volksvertreter nicht erforderlich ist. Der Abschluß des Kongovertrages wird daher dem Reichstage nur zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden.

Der Krieg um Tripolis.

⊕ Da die Italiener in Tripolis und die Türken in Konstantinopel eine scharfe Depeschenzenur üben, fehlt jede unparteiische Berichterstattung vom Kriegsschauplatz in Nordafrika. So ist es auch zu erklären, daß sowohl die Italiener wie auch die Türken sich den Sieg bei dem jüngsten Kampfe um Tripolis zuschreiben. Immerhin geben auch die italienischen Meldungen zu, daß die Verluste der Italiener in der zehntägigen Schlacht am 23. d. Mts. ganz bedeutend gewesen seien, da ihre Stellungen von Türken und Arabern zeitweise völlig umzingelt waren. Nur das energische Eingreifen der Schiffsgeschütze (denen durch Flugmaschinen das Ziel gekennzeichnet wurde) verhinderte eine völlige Niederlage der Italiener. Dennoch ist man in

Italien in Besorgnis,

weil die Regierung über das Schicksal des 11. Bersaglieri-Regiments, das bei diesem Kampfe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219111101-15/fragment/page=0005